

STRUKTURWANDEL

Kohleregionen: Bundesregierung droht Jobziel zu verfehlen

In den einstigen Kohleregionen soll auch der Bund neue Arbeitsplätze schaffen. (Foto: LianeM - Fotolia)

Berlin (energateg) - Bis zu 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze in bundeseigenen Einrichtungen sollen bis 2028 in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen entstehen. Nach derzeitigem Stand wird dieses Ziel verfehlt, wie einer energateg vorab vorliegenden Antwort der Bundesregierung an die FDP-Bundestagsfraktion hervorgeht. Hintergrund ist das 2020 in Kraft getretene Investitionsgesetz Kohleregionen. Es regelt den Abfluss der

Strukturhilfen in Höhe von 40 Mrd. Euro bis 2038 für die Braunkohleregionen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen ([energateg berichtete](#)). Die Bundesregierung verpflichtet sich darin auch, bis 2028 5.000 Arbeitsplätze in Behörden des Bundes und sonstigen Bundeseinrichtungen in den betroffenen Ländern zu schaffen.

Doch laut der Antwort an die FDP-Fraktion waren zum Stichtag 31. Dezember 2020 nur rund 4.300 Arbeitsplätze bis 2028 vom Bund in den Braunkohleregionen geplant. Für 2.260 seien die haushaltsrechtlichen Bedingungen geschaffen, tatsächlich besetzt seien 1.670. Eine Zielerfüllung hält der Bund dennoch für möglich. "Bei konsequenter Umsetzung der Planung ist die Zielgröße von 5.000 Arbeitsplätzen in den Kohleregionen erreichbar", heißt es in der Antwort. Von der FDP kommt Kritik: "Bisher hinkt die Bundesregierung ihren Plänen beim Strukturwandel deutlich hinterher", sagte der energiepolitische Sprecher der Partei im Bundestag, Martin Neumann zu energateg. Er erwarte von der nächsten Bundesregierung mehr Engagement.

Halle (Saale) bekommt Zentrum für Wärmewende

Kleine Fortschritte meldet die Bundesregierung beim Thema Reallabore für die Energiewende in den Kohleregionen. Vorgesehen sind hierfür laut Gesetz 150 Mio. Euro. Erste Anträge befanden sich aktuell in der Bearbeitung. "Mit den ersten Mittelbindungen dieser Maßnahme rechnet die Bundesregierung für den Herbst 2021", heißt es in der Antwort. Eine Entscheidung ist zudem beim im Gesetz vorgesehenen "Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende" gefallen. Dieses soll laut Antwort in "den kommenden Monaten" in Halle an der Saale entstehen. /kw